

Ministerium für Inneres, ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Staatssekretär

Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Stefan Weber, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

über das:
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 07.10.2020



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/4633

21. September 2020

Mein Zeichen: 23249/2020

**Bemerkungen 2019 des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein mit Bericht zur
Landeshaushaltsrechnung 2017 und Stellungnahme zum Abbau des strukturellen Fi-
nanzierungsdefizits bis 2020;
hier: Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 05.12.2019,
Drucksache 19/1816**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Beschluss vom 11.12.2019 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner 27. Ta-
gung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt mit der Maßgabe,
die vom Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages in der Drucksache
19/1816 angeregten Maßnahmen einzuleiten und dem Finanzausschuss über die eingelei-
teten Maßnahmen zu berichten.

Für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung hat der Finanzausschuss um Bericht zu folgender Feststellung in Tz. 17 gebeten:

„Das Innenministerium hat sein Ziel, 90 Stellen mit speziellen polizeilichen IT-Aufgaben auf Dataport zu übertragen, noch nicht erreicht. Es soll eine Evaluation durchführen, um etwaige Korrekturbedarfe zu ermitteln und umzusetzen.“

Bericht Evaluation der polizeilichen IT-Aufgaben

Zur Beantwortung der zentralen Fragestellung der Aufgabenverlagerung zu Dataport unter gleichzeitiger Einsparung von 90 Planstellen bei der Landespolizei werden nachfolgend die Ausgangslage im Jahr 2014 und die perspektivische Zielorganisation LPA 2 miteinander in den Abgleich gebracht und die chronologische Entwicklung bzw. Bearbeitung aufgezeigt. Ergänzend werden relevante Rahmenbedingungen beschrieben und künftige Entwicklungen skizziert.

Die durchgeführte Evaluation ergibt im Ergebnis, dass von den in 2014 für möglich gehaltenen Aufgabenverlagerungen an Dataport im Wert von 90 Stellen tatsächlich IT-Aufgaben im Wert von 75 Stellen verlagert wurden. Durch signifikante Änderung der Rahmenbedingungen seit 2014 und durch unabweisbar bzw. sogar verpflichtende Aufgaben und höhere Qualitätsanforderungen, z.B. durch das Bund-Länder-Abkommen „Programm Polizei 2020“, ist für die nachfolgend beschriebene Zielorganisation des Landespolizeiamtes, Abt. 2, IT-Management, ein Umsteuerungsbedarf von 36 Planstellen erforderlich, der durch die Landespolizei zu finanzieren ist.

1. Ausgangssituation Personal LPA 2 im Juni 2014

Die Personalstärke LPA 2¹ mit Stand 2014 ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Dienststelle	Gesamt Soll
Leitung LPA 2	2
Dezernat 20	19
Dezernat 21	35
Dezernat 22	37
Dezernat 23	38
Dezernat 24	51,5
Dezernat 25	5
Stabsstelle ISM	5
Gesamt:	192,5

¹ In dieser Stellungnahme werden unter dem Begriff der Planstellen die Planstellen für Beamtinnen und Beamte und die Stellen für Tarifbeschäftigte zusammengefasst.

2. Verlagerte Aufgaben und Planstellen im Zuge der Durchführung des Projektes Outsourcing von Teilaufgaben der Autorisierten Stelle (AS SH) - und der PITA-Projekte

Das Programm Polizeiliche IT-Aufgaben (PITA) wurde zu Beginn des Jahres 2015 in der Staatskanzlei beim ZIT eingerichtet mit dem Auftrag, eine Verlagerung operativer IT-Aufgaben aus dem LPA 2 zum Dienstleister vorzunehmen. Auftraggeber war der CIO in Abstimmung mit dem damaligen Polizeiabteilungsleiter und dem damaligen Landespolizeidirektor. Parallel wurde in einem gesonderten Projekt die Verlagerung von Teilaufgaben der AS SH geprüft. Die zu erreichende Zielmarke für die Verlagerung der Aufgaben waren 90 Planstellen. Die Verlagerung sollte in 6 einzurichtenden Einzelprojekten erfolgen.

Infolge der Flüchtlingskrise wurde zum Jahreswechsel 2015 / 2016 der Personalabbau-pfad der Landespolizei insgesamt vorzeitig beendet. Für das Programm PITA beschloss der Lenkungsausschusses dennoch am 25.01.2016, an der Zielmarke von ca. 90 Planstellen als Orientierung festzuhalten.

Bis 2017 erfolgte eine Verlagerung von Aufgaben im Gegenwert von 75 Planstellen, inclusive der Verlagerung von Aufgaben der Autorisierten Stelle (AS SH); die Differenz von 15 verbleibenden Planstellen sollte durch die noch nicht begonnenen Projekte P5 und P6 aus dem Bereich der polizeilichen Fachverfahren erreicht werden.

Durch den ab 2017 begonnenen Aufwuchs des Bund-Länder-Programms Polizei 2020, das sich schwerpunktmäßig mit einer Neuaufstellung der polizeilichen Fachverfahren beschäftigt, beschloss der Lenkungsausschuss PITA in der Sitzung am 27.06.2018, das Programm PITA mit den bis dahin eingesparten 75 Planstellen zu beenden und die weiteren Projekte nicht mehr durchzuführen. Insofern ergab sich im Jahr 2018 in einem ersten Schritt ein Gesamt-Planstellensoll von LPA 2 von 117 Planstellen. Durch die Umsteuerung von fünf Planstellen ins LKA (PIAV) reduziert sich diese Zahl auf 112 Planstellen.

Die bedarfsorientiert in die Polizei umgesteuerten 75 Planstellen stellten sich wie folgt dar:

Stichtag		Aufgaben- umfang in Planstellen
01.06. 2016	Mit Abschluss der Projektes Outsourcing von Fachaufgaben der Autorisierten Stelle SH (AS SH) wurden Aufgaben im Umfang von 13,5 Planstellen verlagert	13

01.09.2016	(P1) Mit Wirkung vom 01.09.2016 wurden die Aufgaben des Netzwerkmanagements Polizei-Netze in der Größenordnung von 9,8 Planstellen zum Dienstleister verlagert. (P2) Mit Wirkung vom 01.09.2016 wurden die Aufgaben des Mobilfunk-/ DSL-Managements (2 Planstellen) in die Betriebsverantwortung von Dataport überführt.	10 2
01.01.2017	(P1) Mit Wirkung vom 01.01.2017 wurden die Aufgaben der IuK-Servicestellen (20 Planstellen) in die Betriebsverantwortung von Dataport überführt.	20
01.04.2017	(P2) Mit Betriebsübergang von P2 am 1.4.2017 wurden Aufgaben im Umfang von 30 Planstellen in die Betriebsverantwortung von Dataport überführt	30
Gesamt:	Anzurechnende Planstellen für verlagerte Aufgaben	75

3. Effizienzrendite

Mit dem Start des Programms PITA war beabsichtigt, eine sog. Effizienzrendite im Gegenwert von gerundet 30 Planstellen zu erwirtschaften. Diese Zielmarke basierte auf einer Einschätzung des Vorstandes von Dataport, bei einer Verlagerung des vollständigen IT-Betriebes der Landespolizei (in 2014: 90 Planstellen) zu Dataport diesen durch die Nutzung und Weiterentwicklung Dataport-seitiger Landesstandards 30 % effizienter anbieten zu können.

Die Rahmenbedingungen für das Erreichen dieser Zielmarke haben sich seit 2014 bis heute signifikant geändert. So sind die Projekte P5 und P6 (polizeiliche Fachverfahren) wegen des Programms Polizei 2020 nicht durchgeführt worden, so dass auch keine entsprechende Aufgabenverlagerung zu Dataport stattgefunden hat. Insbesondere in diesen Projekten waren Synergien aufgrund von Standardisierung erwartet worden.

Daneben sind neue unabweisbare bzw. sogar verpflichtende Aufgaben und höhere Qualitätsanforderungen in verschiedenen Aufgabenbereichen umzusetzen gewesen, die zusätzliches Personal für Fach- und Steuerungsaufgaben erforderten und auch weiter erfordern. Als Beispiele seien hier die vom ZIT geforderte Implementierung der vorgegebenen IT-Landesprozesse zu nennen, die eine stellenmäßige Hinterlegung voraussetzen, sowie umfangreiche Mitarbeit der Landespolizei und Umsetzung von fachlichen Auswirkungen durch das Bund-Länder-Programm Polizei 2020 (siehe auch Ziff. 5).

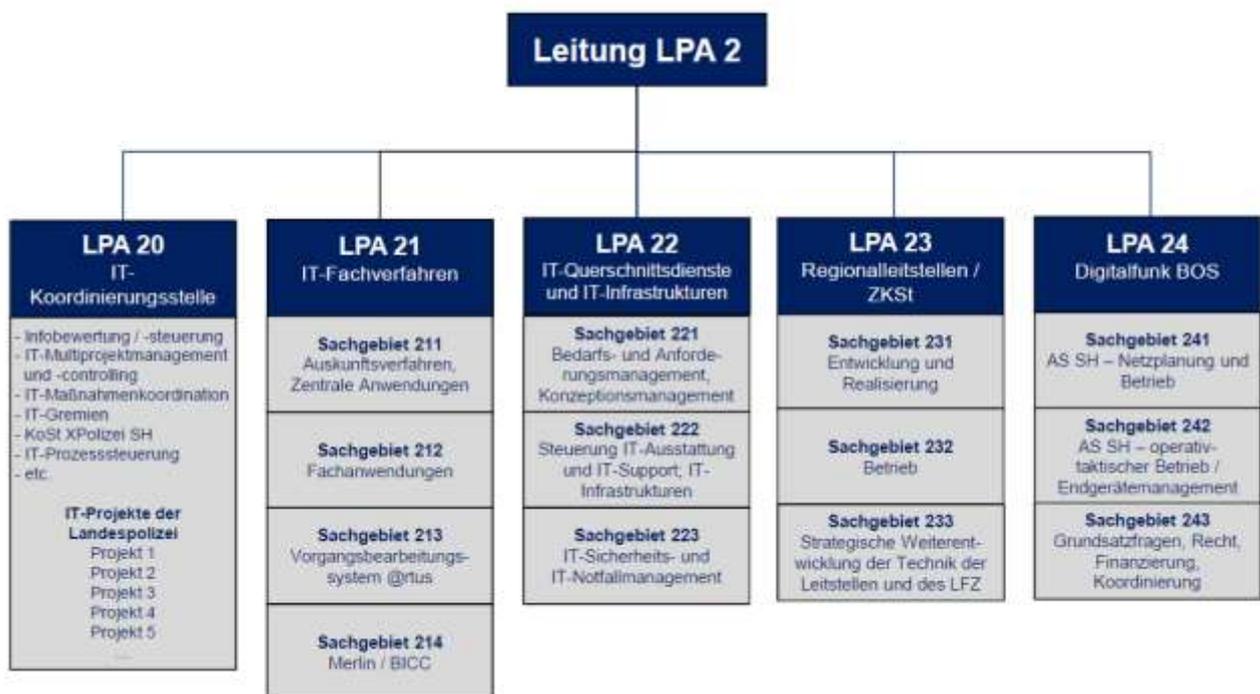
Die Anforderungen an die Steuerung des IT-Betriebes der Landespolizei sind dadurch überhaupt nicht mehr mit denen vergleichbar, die noch 2014 als Berechnungsgrundlage angenommen wurden.

4. Neustrukturierung LPA 2 (Zielorganisation)

Durch das PITA-Projekt P3 war das LPA 2 als zukünftige IT-Steuerungsorganisation der Landespolizei neu zu beschreiben. Durch ergänzende Organisationsbetrachtungen und Entscheidungsbedarfe aufgrund fachlicher Erfordernisse, u.a. Lenkungsgruppenentscheidungen im Projekt Fortentwicklung in der Landespolizei (ProFiL) oder im IT-Lenkungsausschuss der Landespolizei, musste die Zielorganisation nochmals angepasst werden. Diese ist nachfolgend dargestellt.

Diese neue Struktur enthält noch 5 Dezernate, keinen ständigen Vertreter ohne eigenes Dezernat mehr und auch die Stabsstelle Informationssicherheit ist in ein Dezernat integriert. Der Aufgabenzuschnitt hat sich durch die Entwicklungen in Zuständigkeiten und Anforderungen aber wesentlich verändert.

Zielorganisation LPA 2



5. Aufgabenveränderungen seit 2014

5.1. Aufgabenzuwachs im Zuge von Polizei 2020 (Endausbaustufe)

Auf Basis der Saarbrücker Agenda² zur effizienten Nutzung polizeilicher IT-Systeme wurde im Jahre 2018 das Programm Polizei 2020 initiiert. Dieses erfordert im Rahmen eines zweifach modifizierten Königsteiner Schlüssels die aktive Beteiligung der Bundesländer. Die dadurch entstandenen Mehraufgaben führten gemäß Beschluss der Behördenleitungsbesprechung aus August 2019 im Jahre 2020 zur Zuweisung erster Planstellen zum LPA 2:

- 1 Stelle Laufbahngruppe 2.2 (ehemals höherer Dienst) für den Steuerungskreis Technik
- 1 Stelle Multiprojektcontrolling
- 1 Stelle Koordinierungsstelle für das Projekt X-Polizei (Informationsmodell der Polizei)
- 3 Stellen polizeiliches Vorgangsbearbeitungssystem @rtus
- 1 Stelle Zentrales Anforderungsmanagement Polizei 2020

Hierdurch ergibt sich ein aktueller Umsteuerungsbedarf von 7 Planstellen in das LPA 2.

5.2. Dienstleistungssteuerung

Die Aufgaben der Dienstleistungssteuerung wurden mit dem Outsourcing neu eingerichtet und waren mit einer Größenordnung von mindestens 10 % gegenüber den verlagerten Aufgaben berechnet und vom CIO auch entsprechend gefordert worden, um eine kompetente und selbstständige Aufgabenwahrnehmung – gemeinschaftlich mit dem Dienstleister Dataport – zu realisieren. Eine ersatzweise Kompensation durch das ZIT war nicht vorgesehen.

Aufgrund des Umfangs und der Komplexität dieser Aufgaben liegt die tatsächlich erforderliche und validierte Stellenzahl inklusive der Dienstleistersteuerung für die Autorisierte Stelle SH bei 10 Planstellen.

Ein entsprechender Umsteuerungsbedarf von 10 Planstellen in das LPA 2 wurde im Landespolizeiamt erkannt und realisiert.

² Am 30.11.2016 haben sich die Innenminister des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Herbsttagung auf die Saarbrücker Agenda verständigt. Mit ihr wird die Informationsarchitektur der deutschen Polizei als Teil der Inneren Sicherheit beschrieben.

5.3. Integration ZfA Merlin³, BICC⁴ ins IT-Fachzentrums LPA 21 zum 1.8.2016

Im Rahmen der wiederkehrenden Organisationsanalyse der Landespolizei wurden Synergien zur Organisationsoptimierung festgestellt, die nicht im Rahmen des Projektes PITA betrachtet worden sind.

Nach Abschluss eines gemeinsamen Projektes von LKA und LPA wurde mit Erlass IV 421 - 10.13.01 vom 30.08.2016 dem Bereich des LPA 21 die Aufgaben des BICC und der ZFA Merlin zugewiesen.

Diese Umsteuerungen führten zu einem Planstellenzuwachs von 12 Planstellen im Bereich LPA 21, der bis heute andauert und zwischenzeitlich evaluiert worden ist.

5.4. IT-Prozessmanagement

Für die Umsetzung der Anforderungen des ZIT an die Etablierung der IT-Landesprozesse werden gemäß Konzept PITA zusätzliche Planstellen für nachfolgende Aufgaben benötigt:

- 2 Planstellen Multiprojektcontrolling
- 1 Planstelle Sachbearbeitung IT-Prozessmanagement

Insgesamt ergibt sich hierdurch ein Umsteuerungsbedarf von 3 Planstellen in das LPA 2.

5.5. IuK-Betreuung und Verwaltung im LPA

Eine Planstelle wurde für die Aufgaben der IT-Koordination im LPA (entsprechend der StB-2.2-Aufgaben in den Polizeidirektionen) eingerichtet. Der Bedarf wurde bereits im Zuge der Betrachtungen der Reformkommission III anerkannt, eine entsprechende Umsetzung aber nicht eingeleitet. Im Zuge der Befassung mit der Zielorganisation LPA 2 wurde festgestellt, dass eine Wahrnehmung dieser Aufgabe im LPA ohne hinterlegte Planstelle nicht realisierbar ist.

Insofern besteht hier ein Umsteuerungsbedarf von 1 Planstelle in das LPA 2.

³ Business Intelligence Center (BICC)

⁴ Zentrale Fachanwendung Merlin mit Bund-, Länder-Dateischnittstelle

5.6. Digitalfunk, Regionalleitstellen

Aufgrund einer Arbeitsverdichtung, erhöhter Anforderungen, zahlreicher Aufgabenanpassungen und der Einrichtung eines neuen Projektes zur Planung der Technik zweier neuer kooperativer Leitstellen wurden neue Planstellen im bisherigen LPA 24, zukünftig geplant als LPA 23 und LPA 24 (neu), erforderlich:

- 1 Planstelle für das Release- und Deploymentmanagement
- 1 Planstelle für die Schnittstelle zur taktischen Bearbeitung von Leitstellenthemen mit dem Ziel einer inhaltlichen Standardisierung
- 4 Planstellen für das neu eingerichtete Projekt zur Planung der Technik zweier neuer kooperativer Leitstellen

Aufgrund dieser langfristig angelegten Aufgabe wurde eine feste organisatorische Anbindung in einem eigenen Sachgebiet im LPA 2 und eine feste Planstellenzuweisung erforderlich.

Insgesamt ist für dieses Aufgabenfeld ein Umsteuerungsbedarf von 6 Planstellen in das LPA 2 zu verzeichnen.

5.7. IT-Sicherheits- und IT-Notfallmanagement

Gegenüber dem Stellenplan von 2014 wurde festgestellt, dass die Aufgaben des Strategischen ISM und des IT-Notfallmanagements entgegen obligatorischer Standards bisher nicht hinreichend wahrgenommen werden konnten, für die Landespolizei aber wegen kritischer Auswirkungen in den Bund und das Land auch planstellenmäßig hinterlegt sein müssen. **Hier wurde ein Umsteuerungsbedarf von zusätzlichen 2 Planstellen identifiziert.**

Die Aufgabe des Strategischen ISM soll gegenüber den Planungen von 2017 gemäß den Abstimmungen mit der Polizeiabteilung und dem CIO nicht im MILIG, sondern im LPA 2 wahrgenommen werden und wurde durch entsprechende Umsteuerungen realisiert.

5.8. Aufgabenverlagerung PIAV ins LKA

Zum 01.11.2015 erfolgte eine Verlagerung des vormaligen Dezernates 25 (PIAV) ins LKA. Diese fünf Stellen sind nicht Bestandteil der 75 abgebauten Planstellen.

Die dafür vorhandenen 5 Planstellen wurden entsprechend in das LKA umgesteuert.

6. Planstellensituation der Zielorganisation LPA 2

Im Jahre 2018 betrug das anerkannte Planstellen-Soll von LPA 2 112 Planstellen, welche als erforderlich erachtet wurden, um die zu diesem Zeitpunkt anfallenden Aufgaben erfolgreich bearbeiten zu können (siehe Ziff. 2). Durch Aufgabenzuwächse, neue Anforderungen in Bezug auf Qualität, Quantität und Komplexität sowie durch neue Aufgaben wurden seit 2018 weitere Planstellen-Mehrbedarfe identifiziert und beschrieben (siehe Ziff. 5), welche die Grundlage für eine handlungsfähige und belastbare IT-Steuerungsorganisation für die Landespolizei bilden. Die fünf mit Aufgaben in das LKA verlagerten Planstellen wurden davon bereits abgezogen (PIAV).

In der nachfolgenden Tabelle werden die Planstellen der Zielorganisation dargestellt. Summarisch sind die im Detail konkretisierten Mehrbedarfe von insgesamt 41 Planstellen, welche unter Ziff. 5 erläutert wurden, in diese Darstellung eingeflossen. Dieser Bedarf von 41 Planstellen und Stellen wurde aus den unter Ziffer 2 erwirtschafteten Planstellen und Stellen gedeckt. Somit verbleiben insgesamt 34 freigesetzte Planstellen.

Dienststellen	Gesamt Soll
Leitung	1
Dezernat 20	12
Dezernat 21	49
Dezernat 22	34
Dezernat 23	28
Dezernat 24	29
Gesamt:	153

7. Umsteuerung der freigesetzten Planstellen

Die 34 freigesetzten und ursprünglich für den Stellenabbau vorgesehenen Planstellen wurden in Bereiche ungesteuert, die einen kurzfristigen Personaleinsatz unabdingbar erforderlich gemacht haben. Dies sind

1. Bekämpfung Terrorismus (DV 240/2016 – 13 Planstellen),
2. zusätzliche Einstellungen im Rahmen des Aufbaus +500 Polizeibeamtinnen und – beamte (Fachlehrer, Nachwuchswerbung – 13 Planstellen) und
3. Stärkung der Polizeiabteilung (Recht, Landespräventionsrat, IT-Referat – 8 Planstellen).

8. Ausblick

Aufgrund der bereits jetzt laufenden Veränderungen in der IT-Landschaft im Zuge der weiteren Entwicklungen der Digitalisierung der Landesverwaltung und der Landespolizei werden nachhaltige Veränderungen in der Aufgabenstruktur und damit einhergehend des Personalbestandes wahrscheinlich.

Auch das Programm Polizei 2020 könnte weitere, noch nicht konkretisierbare Anpassungserfordernisse in der Aufgaben- und Personalstruktur zur Folge haben. Beispielhaft zu nennen wären u.a. die künftige Nutzung Künstlicher Intelligenz, das Zusammenwachsen der Netze von Digital- und Mobilfunk und die Konzipierung künftiger polizeilicher Arbeitsmittel mit weitgehend mobiler Technik.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Torsten Geerds